

## Wer profitiert von der gegenwärtigen Insolvenzwelle?

Jahresanfang ist Statistikzeit und dies trifft in Zeiten schwächelnder Wirtschaft in besonderem Maße für Insolvenzzahlen zu. So hat der Verband der Vereine Creditreform e. V. mit Presseerklärung vom 3. 2. 2010 die Untersuchung „Insolvenzen in Europa im Jahr 2009/2010“ vorgestellt (vgl. die abgedruckte Pressemitteilung auf S. VII in diesem Heft). Die Zahlen für Westeuropa lassen aufhorchen: Die Unternehmensinsolvenzen sind um 22 Prozent gestiegen, in Deutschland liegt der Zuwachs immerhin bei 16 Prozent. Wie weiter eine jetzt veröffentlichte Statistik (INDAT-Report 10/2009, 5) zeigt, ist die Zahl der eröffneten Unternehmensinsolvenzen sogar um über 30 Prozent angestiegen. Mittlerweile gehört jedes zehnte insolvente Unternehmen dem verarbeitenden Gewerbe an, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Jahr 2008, als dieser Anteil noch bei 8,1 Prozent lag. Besonders von Insolvenzen betroffen sind nach wie vor Kleinunternehmen: In 77,2 Prozent der insolventen Unternehmen waren höchstens fünf Mitarbeiter beschäftigt. Allerdings ist dieser Wert gegenüber dem Vorjahr, als der Anteil noch über 80 Prozent betrug, zurückgegangen.

Also: Goldene Zeiten für die Insolvenzverwalter? Man könnte das meinen, wären da nicht immer wieder die Klagen insbesondere mittelständischer Verwalterkanzleien, dass ihre Verwalter kaum häufiger bestellt würden.

Wie passt das zusammen? Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass die Anzahl der insgesamt bestellten Insolvenzverwalter deutlich zugenommen hat. Aber hier spricht die Statistik eine andere Sprache: Nur etwa vier Prozent mehr Verwalter sind im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr bestellt worden (s. *Reuter*, INDAT-Report 10/2009, S. 3).

Wenn man nun die Zahlen der bestellten Insolvenzverwalter je Gericht ansieht (darüber geben

die Statistiken der Gesamtjahre 2008 und 2009 des INDAT-Reports Auskunft), so fällt auf, dass hier teilweise eklatante Steigerungen zu verzeichnen sind. Bei kaum einem Gericht ist die Zahl der bestellten Verwalter zurückgegangen, überwiegend sind sie stark angestiegen (in München von 41 auf 51; in Berlin von 39 auf 51, in Köln von 53 auf 60; in Hamburg – etwas moderater – von 42 auf 46). Es gibt sogar besondere Ausreißer wie Villingen-Schwenningen, wo sich die Zahl der Insolvenzverfahren verdreifacht hat, die Zahl der bestellten Verwalter hingegen vervierfacht. Nun darf man nicht übersehen, dass auf jeden bestellten Verwalter im letzten Jahr auch mehr eröffnete Verfahren gekommen sind (jedenfalls rein statistisch). Da aber die Anzahl der bei den jeweiligen Gerichten bestellten Verwalter wie gerade erläutert insgesamt ebenfalls angestiegen ist, ist dieser Effekt geringer, als er bei gleichbleibender Verwalterzahl gewesen wäre.

Nun fällt es den kleineren Verwalterkanzleien erfahrungsgemäß schwerer, sich außerhalb des eigenen Insolvenzgerichtsbezirks zu etablieren, größere Kanzleien drängen demgegenüber vermehrt in kleinere Städte. Es ist also nicht so, dass alle Verwalter gleich mobil sind, der nur geringe Zuwachs – wegen größerer Konkurrenz – in der „eigenen Stadt“ durch ein Listing in einer anderen Stadt so ohne Weiteres wieder ausgeglichen werden kann.

Bei dieser Sachlage spricht also das statistische Material tatsächlich dafür, dass die neue Insolvenzwelle verstärkt den größeren Einheiten zugute kommt. Und: Wenn man es zu Ende denkt, dürften auch in Zeiten mit weniger Insolvenzverfahren diese Einheiten profitieren. Hätte dann gar die Deregulierung der Verwalterbestellung diese Begünstigung bewirkt?

*Rechtsanwalt Dr. Andreas Rein, Frankfurt a. M.*